

Satzung

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „TIERHILFE-VERBINDET e.V.“ und ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht München eingetragen.
2. Der Verein hat seinen Sitz in 85586 Poing.
3. Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck des Vereins

1. Zweck des Vereins ist die Förderung des Tierschutzes.
2. Der Vereinszweck wird verwirklicht durch:
 1. den Tierschutzgedanken zu vertreten und zu fördern.
 2. über Tierschutzprobleme zu informieren und aufzuklären.
 3. in der Öffentlichkeit Verständnis für das Wesen und Wohlergehen der Tiere zu wecken und zu fördern.
 4. die Versorgung, Rettung und Pflege Notleidender und herrenloser Tiere im In- und Ausland.
 5. die Kooperation mit in- und ausländischen Tierschützern, Tierschutzorganisationen, Tierschutzvereinen und Tierheimen und die Hilfestellung bei der Versorgung, Betreuung und Vermittlung Notleidender und herrenloser Tiere.
 6. die Vermittlung bedürftiger oder herrenloser Tiere an Personen oder Stellen, die eine artgerechte Haltung und gewissenhafte Betreuung für diese Tiere glaubhaft erkennen lassen.
 7. die europaweite Förderung, Betreuung und Unterstützung von Patenschaften für Tiere.
 8. die Organisation, Kooperation und Durchführung von Hilfstransporten zur Versorgung und Rettung Notleidender und herrenloser Tiere im In- und Ausland.
3. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine Zuwendungen aus Vereinsmitteln. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
4. Die Vereinsämter sind Ehrenämter.

§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft

Mitglied des Vereins kann jede natürliche oder juristische Person des privaten oder öffentlichen Rechts werden. Über den schriftlichen Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand. Minderjährige bedürfen der Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters. Der Eintritt wird mit Aushändigung einer schriftlichen Aufnahmeerklärung wirksam.

1. Aktive Mitglieder können alle natürlichen Personen werden, die dauerhaft ehrenamtlich aktiv bei der Umsetzung der Ziele des Vereins tätig sind. Die aktiven Mitglieder werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von einem Jahr auf Antrag des Vorstandes gewählt. Zur Unterstützung des Vorstands bei der Führung der Vereinsgeschäfte und bei umfangreichen Aufgaben können durch den Vorstand aktive Mitglieder für diese Bereiche eingesetzt und auch wieder abberufen werden.
2. Passive Mitglieder fördern die Aufgaben des Vereins ohne sich selbst zu beteiligen

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss, Streichung oder Tod.
2. Der Austritt ist dem Vorstand gegenüber schriftlich zu erklären. Der Austritt ist unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Geschäftsjahres möglich.
3. Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn sein Verhalten in grober Weise gegen die Satzung oder die Interessen und Ansehen des Vereins verstößt. Vor dem Ausschluss ist dem Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Über einen Ausschluss entscheidet der Vorstand, dessen Beschluss kann innerhalb von 4 Wochen nach Bekanntgabe der Entscheidung durch schriftlich beim Vorstand einzulegenden Widerspruch angefochten werden. Über den Widerspruch entscheidet die Mitgliederversammlung endgültig. Macht der Betroffene vom Recht des Widerspruchs innerhalb der Frist keinen Gebrauch, unterwirft er sich dem Ausschlussbeschluss.
4. Eine Streichung der Mitgliedschaft ist zulässig, wenn das Mitglied trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung durch den Vorstand mit der Zahlung des Beitrages im Rückstand ist. Die Streichung kann durch den Vorstand erst beschlossen werden, wenn seit Absendung des zweiten Mahnschreibens, das den Hinweis auf die Streichung zu enthalten hat, zwei Monate vergangen sind.
5. Nach Beendigung der Mitgliedschaft bleibt die Zahlungspflicht der bis zu diesem Zeitpunkt fällig gewordenen Beträge bestehen.

§ 5 Beiträge

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben, deren Höhe bzw. Fälligkeit von der Mitgliederversammlung bestimmt wird.

§ 6 Organe

Organe des Vereins sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.

§ 7 Vorstand und Beirat

I. Der Vorstand

1. Der Vorstand sind der erste Vorsitzende und zweite Vorsitzende, der Schatzmeister und der Schriftführer.
2. Vorstand des Vereins im Sinne des § 26 BGB sind der erste und zweite Vorsitzende. Jeder von ihnen ist alleinvertretungsberechtigt. Jedoch soll im Innenverhältnis der zweite Vorsitzende nur tätig werden, wenn der erste Vorsitzende tatsächlich oder rechtlich verhindert ist.
3. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Er bleibt bis zur satzungsgemäßen Neuwahl im Amt. Scheidet ein Vorstandsmitglied während der Amtsperiode aus, so ist der Vorstand berechtigt, für die restliche Amtsperiode ein neues Vorstandsmitglied hinzu zu wählen.
4. Dem Vorstand obliegt neben der Vertretung des Vereins die Wahrnehmung der Vereinsgeschäfte nach Maßgabe der Satzung und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung.
5. Der Vorstand tritt mindestens zweimal im Kalenderjahr zusammen. Er ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind. Zur Beschlussfassung genügt die absolute Stimmenmehrheit.
6. Die Mitglieder des Vorstandes sind kraft ihres Amtes aktive Mitglieder.

§ 8 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung findet einmal im Kalenderjahr statt. Sie ist ferner einzuberufen, wenn es das Vereinsinteresse erfordert oder die Einberufung von mindestens 1/3 der Vereinsmitglieder unter Angabe des Zweckes und der Gründe vom Vorstand verlangt wird.
2. Mitgliederversammlungen sind vom Vorstand mindestens zwei Wochen vor dem Versammlungstermin schriftlich einzuberufen. Die Zusendung in elektronischer Form (z.B. e-Mail) ist zulässig. Mit der Einberufung ist gleichzeitig die vorgesehene Tagesordnung mitzuteilen. Beschlussfähig ist jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung.

Der ordentlichen Mitgliederversammlung obliegen:

1. die Entgegennahme des Rechenschaftsberichts des Vorstandes
2. die Entlastung des Vorstandes
3. gegebenenfalls die Wahl des Vorstandes
4. die Wahl der aktiven Mitglieder
5. die Änderung der Satzung des Vereins
6. die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge
7. Entscheidungen über Anträge
8. die Ernennung von Ehrenmitgliedern
9. die Auflösung des Vereins
3. Bei Beschlüssen und Wahlen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen der anwesenden volljährigen, aktiven Mitglieder. Stimmenthaltungen werden nicht gezählt. Zu einem Beschluss, der eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Mehrheit von 3/4 der abgegebenen gültigen Stimmen der anwesenden Mitglieder erforderlich. Die Änderung des Vereinszweckes bedarf einer Mehrheit von 3/4 der abgegebenen gültigen Stimmen der anwesenden Vereinsmitglieder.
4. Über die in der Mitgliederversammlung gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Versammlungsleiter und Schriftführer zu unterzeichnen ist.

§ 9 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden, bei der 2/3 der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sein müssen. Zur Beschlussfassung ist eine Mehrheit von 3/4 der erschienenen Mitglieder notwendig.
2. Ist die Mitgliederversammlung nicht beschlussfähig, ist innerhalb von vier Wochen eine erneute Mitgliederversammlung einzuberufen, die dann unabhängig von der Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig ist. Hierauf ist bei der Einladung hinzuweisen.
3. Die Liquidation erfolgt durch die zum Zeitpunkt der Auflösung amtierenden Vorstandsmitglieder, sofern von der Mitgliederversammlung keine anderen Liquidatoren bestellt werden.
4. Im Falle der Auflösung des Vereins oder des Wegfalls der steuerbegünstigten Zwecke ist das Vereinsvermögen ausschließlich steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken zuzuführen. Beschlüsse über eine solche Verwendung dürfen erst nach Einwilligung des zuständigen Finanzamtes ausgeführt werden.

§ 10 Allgemeines

Der 1. Vorstand ist berechtigt, mit Zustimmung des Vorstandes, die Satzung zu ändern, wenn es infolge gerichtlicher oder gesetzlicher Maßnahmen erforderlich sein sollte.

Die Satzung wurde am 01.04.2007 beschlossen, und mit der Mitgliederversammlung am 22.05.08 geändert.